

Start für Mitglieder in
die Arbeit der Partei
Die Linke



Bildungsmappe - A1

Neumitglieder

Treffen



Der kleine Einstiegsfibel

was ihr daraus macht, liegt an Euch

Informationen nicht nur für Neumitglieder zum
Kennenlernen und Einstieg in die Parteiarbeit
im Landesverband Hessen.



Erläuterung zu dieser Bildungsmappe A1

Diese Mappe richtet sich in erster Linie an Teamende, die im Rahmen unserer politisch organisatorischen Bildungsarbeit, Tagesseminare anbieten und durchführen wollen. Das Material bietet einen Einstieg in die Planung und Durchführung eines Infostandes mit den wichtigsten und wesentlichen Themenstellungen die ein Kreisvorstand in seiner Arbeit berücksichtigen sollte.

Diese Mappe ist Teil einer Reihe von Bildungsmappen der Rubriken A-Mitgliederarbeit, B-Vorstandsarbeit und C-Kommunalpolitik anbieten. Aus Kosten- und weiteren Gründen, bieten wir die Unterlagen nur als reine Online PDF Leseformat zu Schulungszwecken an. Bei diesen Materialien handelt es sich um Arbeits- und Schulungsmaterialien, nicht aber um offizielle Handreichungen der Partei.

Wir danken an dieser Stelle allen, die an dieser Mappe sowie durch Tipps an der Materialreihe aktiv mitgewirkt haben und freuen uns über eine Rückmeldung.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 Geschichtlicher Abriss

- A. Geschichte von 1848 bis 1945 **5**
- B. Geschichte von 1945 bis 1990 **6**
- C. DDR Geschichte von 1945 bis 1990 **10**
- D. Vom Beitritt bis heute **11**

Kapitel 2 Sechs Fragen an die Linke

- A. Was gehört zur Wahlvorbereitung **13**

Kapitel 3 Wahldurchführung

- A. Beginn der Wahlversammlung **19**
- B. Prüfung der Stimmberechtigung **20**
- C. Einstieg in die Wahlhandlung **22**

D. Aufstellung zur Wahl **23**

E. Durchführung zur Wahl **23**

F. Abschluss der Wahlhandlung **30**

Kapitel 4 Wahlbesonderheiten

- A. Bei Vorstandswahlen **33**
- B. Bei Wahlkreiskandidaturen **33**
- C. Bei Vertreterversammlungen **36**

Kapitel 5 Anhang

- A. Vorlagen **37**
- B. Teamendenmappe **53**

Zur Beschreibung: Die abgebildeten Symbole stehen für

§ XY PS



die Rechtsquellen

das Symbol Wichtig

die einzelnen Betrefflisten



die einzelnen Checklisten



das Musterschreiben



die Schaubilder



die Musterkalender



Betreff: Merke

Abkürzungen

bspw. = beispielsweise,

DatB = Datenschutzbeauftragte:r

GO = Geschäftsordnung

i.d.R. = in der Regel

KPBH = Kommission Politische Bildung Hessen

Ls = Landessatzung,

Ps = Parteisatzung,

u.a. = unter anderem

usw. = und so weiter,

Wo = Wahlordnung,

Impressum:

Herausgebende Gruppe:

© Kommission Politische Bildung Hessen

Allerheiligentor 2-4;

60311 Frankfurt a. Main

Tel./SMS 0177-2782648

Verantwortlich:

Redaktion: Mitglieder der Linken

Layout: Brumm-Design

info@polbildung-die-linke-hessen.de

www.polbildung.die-linke-hessen.de

Stand: 25.11.2021 (Neufassung 1.0)

1. Geschichtlicher Abriss der Linken**A. Die Geschichte der Linken von 1848 bis 1945****Woher kommt die Linke**

DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen „Arbeiterbewegung“ sowie aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen an.

Wir bündeln politische Erfahrungen aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland (BRD).

Die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts erstrebten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegen religiöse Dogmen und Privilegien des Adels. Humanismus und Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie waren bestimmend für die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung.

Sie forderten die Verwirklichung von Recht und Freiheit für alle Menschen. Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals und aus patriarchalen Verhältnissen verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen. Dies haben insbesondere Marx, Engels und Luxemburg gezeigt.

Der Kampf der Arbeiterbewegung

Im 19. Jahrhundert organisierten sich die Arbeiter:innen in Gewerkschaften. Sie setzten der Ausbeutung durch das Kapital Widerstand entgegen, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie kämpften für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für höhere Einkommen und Mitbestimmungsrechte.

Sie bildeten Genossenschaften und Vereine, um Alltag und Freizeit solidarisch zu gestalten und Kultur- und Bildungsansprüche zu verwirklichen. Mit der zunehmenden Politisierung der Arbeitermilieus entwickelte die Arbeiterbewegung auch ihre politischen Interessenvertretungen. Diese wurden von der Staatsmacht mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Sozialreformen und Sozialistengesetz heftig bekämpft. Trotzdem wurde die Sozialdemokratie an der Schwelle zum 20. Jahrhundert in Deutschland zu einer mächtigen politischen und kulturellen Kraft, deren Traditionen uns Verpflichtung sind.

Die Frauenbewegung als Teil Linken Bewusstseins

Anfang des 19. Jahrhunderts erstarkte die Frauenbewegung. Sie kämpfte für die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung der Frauen und für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse auch im Privaten. Wir beziehen uns auf politische Theorien der Frauenbewegung und des Feminismus, die die Kritik an allen Herrschaftsverhältnissen, die Frauen unterdrücken und benachteiligen, in den Mittelpunkt stellen und weltweit die Durchsetzung der Menschenrechte für die Frauen und die Abschaffung jedweder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts fordern.

Der Bruch mit der Spezialdemokratie auch SPD genannt

1914 spaltete die Haltung zum Krieg die deutsche Sozialdemokratie. Die SPD-Führung befürwortete die Politik der nationalistischen Abgrenzung und stimmte schließlich für den Krieg. Der europäische Zusammenhalt der Arbeiterschaft für den Frieden wurde aufgegeben. Gegen diese verheerende Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie leisteten neben vielen anderen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Widerstand, den sie mit ihrem Leben bezahlten.

Die Revolution 1918/19 in Deutschland

Diese reihte sich ein in die revolutionären Bewegungen und Erhebungen nach dem Ersten Weltkrieg, sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas.

Sie wurde mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung niedergeschlagen. Gegensätzliche Haltungen zur Revolution in Deutschland und später auch zur Sowjetunion vertieften die Spaltung der Arbeiterbewegung. Die USPD, die KPD und linkssozialistische Bewegungen gehören heute ebenso zum historischen Erbe der LINKEN wie die Geschichte der Sozialdemokratie. Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich Deutschland bis Sommer 1919 in einem blutigen Bürgerkrieg, der Tausende von Opfern forderte und große Bitterkeit hinterließ. Die Konsequenzen waren dramatisch.



Die Weimarer Republik

Denn die Spaltung der Arbeiterbewegung erleichterte den Aufstieg der deutschen Faschisten und verhinderte gemeinsamen Widerstand gegen ihre Machtübernahme. Im Reichstag stimmten die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien per Ermächtigungsgesetz für Hitlers totale Macht und damit das Ende der Weimarer Republik.

Der Widerstand von Kommunist:innen, von Sozialdemokrat:innen, von Gewerkschafter:innen religiös engagierten Menschen und anderen gegen die nun einsetzende faschistische Barbarei wurde brutal unterdrückt. Viele sind von den Nazis ermordet worden, andere saßen in den Gefängnissen und Lagern oder befanden sich auf der Flucht.

Der Kampf gegen antidemokratische Positionen, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen die Unterdrückung von Arbeiterorganisationen und gegen Kriegstreiberei ist daher für uns mit einem gelebten Antifaschismus verbunden.



Unsere Geschichtliche Verantwortung durch den Faschismus

Die Barbarei und der verbrecherische Krieg des 12 jährigen deutschen Faschismus zerstörten weite Teile Europas. Millionen Jüd:innen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen und Homosexuelle wurden systematisch ermordet.

Gegen die Sowjetunion wurde ein Vernichtungskrieg geführt. Sie erbrachte bei der Zerschlagung des Faschismus die größten Opfer.

Nach dem Krieg wurden unter dem Einfluss der Siegermächte in Westeuropa bürgerliche Demokratien mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung und in Mittel- und Osteuropa Staaten mit sozialistischem Anspruch aufgebaut.

Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen

und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegentreten. Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten.

Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen.

"Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus"

- der Schwur von Buchenwald hatte in den 50er Jahren nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland eine große Ausstrahlung: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."

Diesem Ziel fühlen wir uns verpflichtet. Die Erfahrungen der vom deutschen Faschismus Verfolgten prägten das ursprüngliche Asylrecht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das heute bis zur Unkenntlichkeit durchlöchert ist und dass DIE LINKE wiederherstellen will.



B. Die Geschichte von 1945 bis 1990 im Westen

Die Entwicklung im Westteil

In Westdeutschland blieben, wie in anderen Ländern Westeuropas, sozialistische Neuordnungsbestrebungen nach dem Krieg erfolglos. Der beginnende Kalte Krieg diktierte die politische Entwicklung. Die Kommunistische Partei war in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland schwach und zunehmender Repression ausgesetzt, 1956 wurde die KPD verboten. So litten auch antifaschistische Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer unter Repressionen wie erneuten Verhaftungen und Berufsverboten. Die Entnazifizierung in der Gesellschaft blieb hingegen weitgehend aus. Die SPD war während der "Adenauer-Ära" in der Opposition. Ab 1959 gab sie Zug um Zug ihre Vorstellungen einer über den Kapitalismus hinausweisenden Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft auf.

Zu den Erfahrungen der Menschen in der Bundesrepublik gehörte zunehmender gesellschaftlicher Wohlstand, an dem alle gesellschaftlichen Schichten teilhatten, sowie eine parlamentarische Demokratie.

Doch gleichzeitig bestanden autoritäre und obrigkeitliche Strukturen fort. Seit den

60er Jahren entwickelte sich eine gesellschaftskritische außerparlamentarische Opposition. Das war eine Bewegung für mehr Demokratie und Solidarität, gegen autoritäre Tendenzen, für andere Lebensentwürfe, für mehr Selbstverwirklichung der Einzelnen, gegen Bildungsprivilegien, Medien- und Kapitalmacht und den Vietnam-Krieg der USA.

Die Entwicklung in den siebziger und achtziger Jahren

Die Gewerkschaften setzten in harten Auseinandersetzungen Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und verbesserte sozialstaatliche Leistungen durch. Mehr Demokratie sollte in Wirtschaft und Gesellschaft möglich sein. Die Erfahrungen dieser Kämpfe zeigen allerdings auch, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft die Demokratie an den Werk-toren und an den Büro- und Ladentüren endet. Ständige Auseinandersetzungen sind notwendig, um die Achtung der Menschenwürde, akzeptable Arbeitsbedingungen und das Recht auf Privatsphäre auch in den Betrieben zu gewährleisten.

Die Friedensbewegung: forderte Abrüstung und vor allem die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen. Sie unterstützte und prägte die Entspannungspolitik, der es in den 70er und 80er Jahren gelang, die gefährliche Blockkonfrontation der Nachkriegszeit aufzuweichen und so zu entschärfen. Trotz der von Gewerkschaften in harten Auseinandersetzungen durchgesetzten Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und verbesserten sozialstaatlichen Leistungen blieb durch die Notstandsgesetze und eine repressive Innenpolitik im Zuge der Auseinandersetzung mit der RAF die Erfüllung der Ansprüche der Demokratiebewegung auf halber Strecke stehen.



Eine neue Frauenbewegung: Diese bildete sich, um gegen patriarchale, Frauen unterdrückende und benachteiligende Strukturen im Öffentlichen wie im Privaten zu kämpfen. Auf dem Weg zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse mit dem Ziel einer geschlechtergerechten Gesellschaft erwies sich die Gleichstellung von Männern und Frauen als ein wesentlicher Schritt.

Die Erfahrungen dieser Kämpfe zeigen jedoch, dass in der patriarchalen Gesellschaft die Gleichstellung an der Haustür endet und Frauenbefreiung nur durch Aufhebung der ungleichen geschlechtlichen Arbeitsteilung erreicht werden kann.

Die Umweltbewegung: entstand und setzte sich für eine naturverträgliche Produktions- und Lebensweise und gegen die Nutzung der Atomkraft ein. Internationalistische Gruppen unterstützten Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und Asien und stritten für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit.

C. Die DDR-Geschichte von 1945 bis 1990

Im Osten Deutschlands prägte der Sozialismusversuch die Lebensgeschichte der Menschen. Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein.

Mit der Verstaatlichung der Großindustrie, von Banken und Versicherungen sowie mit der Bodenreform wurden Eigentumsverhältnisse geschaffen, die eine Ausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf das Gemeinwohl und den Schutz der Beschäftigten vor Ausbeutung sichern sollten.

Von der Gründung der SED bis zu deren Scheitern

Im April 1946 wurde die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gegründet. Der Zusammenschluss von KPD und SPD war eine Lehre aus der jahrzehntelangen Spaltung der Arbeiterbewegung und wurde auch mit dem gemeinsamen Widerstand von Mitgliedern der SPD und KPD gegen den Faschismus begründet.

Die große Mehrheit der Mitglieder von KPD und SPD waren für diesen notwendigen Zusammenschluss. Der Zusammenschluss war aber auch mit Druck verbunden. Vor allem Sozialdemokrat:innen, welche ihm Widerstand entgegensetzten, wurden verfolgt.



Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung von Erwerbslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen und in der Kultur sowie die Umstrukturierung der Landwirtschaft in genossenschaftliche und staatliche Betriebe. Das Prinzip "Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen" war gerade in der DDR mehr als den anderen Sozialistischen Staaten Staatsräson.

Auf der anderen Seite standen Erfahrungen staatlicher Willkür und eingeschränkter Freiheiten, wie der Aufbau eines straff organisierten staatlichen Überwachungsapparates gegen die eigene Bevölkerung. Wichtige Reformansätze wurden nach kurzer Zeit immer wieder autoritär zuletzt durch Erich Honecker abgewürgt.

Die Demokratie blieb auf der Strecke, und eine ökologische Orientierung hatte wenig Chancen. Die Zentralisation der ökonomischen Entscheidungen und die bürokratisierte Form der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie die weitgehende Einschränkung betrieblicher Selbstständigkeit führten langfristig zu einem Zurückbleiben der Innovations- und Leistungsfähigkeit.

Damit sank die Anziehungskraft des ökonomischen Modells der DDR. Es ist deutlich geworden: Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert wird, muss früher oder später scheitern.

Ohne Demokratie kein Sozialismus. Deshalb formulierten die Mitglieder der SED/PDS auf einem außerordentlichen Parteitag im Herbst 1989: "Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System". Dieser Bruch mit dem Stalinismus gilt für DIE LINKE ebenso. Die Geschichte der DDR, auch die der SED, auf den Stalinismus zu verkürzen, ist jedoch unhistorisch und unwahr.

Auch in der DDR gab es in unterschiedlichen Etappen eine lebendige Sozialismus-Diskussion, eine reiche kulturelle und geistige Landschaft, großartige Filme, Romane, bildende Künste, Musik und eine engagierte Vermittlung von Kunst, Kultur und Bildung in die Bevölkerung. Der Bruch mit dem Stalinismus betrifft nicht nur den Osten, sondern hat auch für den Westen hohe Bedeutung. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sind unverzichtbar.

Der Bruch mit dem Stalinismus

Teile der Bürgerbewegung der DDR, darunter auch Reformerrinnen und Reformer innerhalb der SED, setzten sich im Herbst 1989 für einen friedlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Aufbruch und einen politischen Wandel zu einem besseren Sozialismus ein. Doch 1990 scheiterte dieses Projekt. Es gelang ebenso wenig, eine demokratische Neubegründung des vereinigten Deutschlands durchzusetzen.

D. Vom Beitritt bis heute

Der Beitritt als Wiedervereinigung

Aus dem demokratischen Aufbruch im Osten wurden ein bloßer Beitritt und ein für viele Menschen schmerzlicher sozialer Absturz. Auf der einen Seite gab es einen Zugewinn an demokratischen Rechten, individueller Freiheit, rechtsstaatlicher Sicherheit und internationaler Öffnung, auf der anderen Seite einen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang vieler ostdeutscher Regionen und die Aneignung ostdeutschen Staatseigentums durch nationale und internationale Konzerne mit Hilfe der Treuhandanstalt. Im vereinten Deutschland wurden die Errungenschaften und Erfahrungen der Ostdeutschen kaum genutzt.

Wie aus SED die LINKE wird

In einem schwierigen und selbstkritischen Prozess ging aus der ehemaligen SED die Partei des Demokratischen Sozialismus hervor. Sie behauptete sich als unabhängige Kraft und erstarkte, je mehr sie sich der konkreten Probleme der Menschen vor Ort annahm und für demokratische Lösungen stritt.

Wesentlicher Bestandteil dieses Engagements war der Anspruch, Interessen der Menschen in Ostdeutschland politisch zu vertreten. Ihre Versuche, Menschen in Westdeutschland zu gewinnen, hatten jedoch nur geringe Erfolge.

DIE LINKE nach dem Beitritt 1990

Die Linke in Deutschland war lange Zeit in der Defensive. Sie war schwach und marginalisiert, und wenn sie innerhalb der Sozialdemokratie politische Veränderungen anstrebte, waren die Handlungsmöglichkeiten sehr eng. Teile der Linken setzten auf die Grünen oder kleinere sozialistische und kommunistische Organisationen.

Viele der in Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen aktiven Linken hatten keine Bindung zu einer Partei. Die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre entstandene glo-

balisierungskritische Bewegung, die sich in zahlreichen internationalen Mobilisierungen und Gipfelprotesten widerspiegelte und zugleich den Raum für eine politische Kritik des Kapitalismus eröffnete, inspirierte und ermutigte viele Linke in Deutschland.

Schröder als Gründer der heutigen Linken

Das Projekt "Rot-Grün", von vielen mit hohen Erwartungen begrüßt, enttäuschte ab 1999, da es soziale und ökologische Ziele den Interessen des Kapitals unterordnete und die Tür für internationale Kriegseinsätze deutscher Soldaten öffnete.

In rasantem Tempo wandten sich SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN von Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und den Interessen der Bevölkerungsmehrheit an einer friedlichen Welt ab. Das "Hartz IV"-Gesetz und die Agenda 2010 führten zum endgültigen Bruch vieler sozial und links gesinnter Menschen mit SPD und Grünen und zur Entwicklung einer neuen politischen Kraft, der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG).

Gründung der LINKEN

Im Jahr 2007 haben sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE vereinigt. DIE LINKE ist Teil der 2004 gegründeten Partei der Europäischen Linken. Wir laden alle Menschen ein, die eine andere Politik und eine bessere Welt wollen, die für Freiheit und Gleichheit, für Emanzipation, soziale Gerechtigkeit und für internationale Solidarität, Frieden und Ökologie eintreten, daran mitzuwirken.

Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik und zum kapitalistischen System, zu seinen Krisen und Ungerechtigkeiten: eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur, die sich auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen sie gemeinsam erkämpfen.

2. Sechs Fragen an die Linken

Sechs Fragen an die LINKE

Frage 1:

Wie hält die LINKE es mit ihrer Geschichte?

DIE LINKE lernt aus der Geschichte. Anspruch linker, emanzipatorischer Politik ist es immer, aus der Vergangenheit, aus der eigenen Geschichte Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft zu ziehen, aus Erfolgen wie aus den Niederlagen. Das gilt umso mehr für das Scheitern des realen Sozialismus im 20. Jahrhundert. Die DDR ist nicht an der Übermacht ihrer Gegner, sondern an ihren eigenen Mängeln und Fehlern, am Unrecht in Politik und System, am systematischen Misstrauen ihrer politischen Führung gegenüber der eigenen Bevölkerung gescheitert.

Die PDS, die aus der ehemaligen Staatspartei SED hervorgegangen ist, überlebte und erstarkte nicht, weil sie die Geschichte leugnete oder einen Schlusstrich zog, sondern weil sie von Anfang an die Geschichte verarbeitet. Geschichte verarbeiten heißt für uns: in der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED und der DDR wie der eigenen Biografie zu besseren Einsichten und besserem Handeln zu kommen. Auf ihrem Außerordentlichen Parteitag 1989 hat sich die SED-PDS bei der Bevölkerung der DDR für das von der SED begangene Unrecht entschuldigt und einen Prozess der unwiderruflichen Trennung von stalinistischen Traditionen der SED begonnen.

Die Geschichte der neuen LINKEN ist nicht nur die Geschichte der DDR oder die Geschichte von DDR-Bürgern. Zur Geschichte der LINKEN, die es zu verarbeiten gilt, aus der zu lernen ist, zählen auch die Erfolge, Niederlagen und Fehler des linken Aufbruchs in Westdeutschland nach 1967/68 und die mehrheitliche Wende der SPD zu einer neoliberalen, unsozialdemokratischen Politik.

Frage 2:

Was sagt die LINKE zur ehemaligen DDR

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war der legitime Versuch, nach dem alliierten Sieg über Nazi-Deutschland ein Wiedererstarken sozialer Antriebskräfte des Nationalsozialismus zu verhindern - Stichworte hierfür sind die Bodenreform und die Zerschlagung des Großkapitals - und einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden aufzubauen. Dieser Versuch ist gescheitert.

Dazu führten nicht nur die äußeren Bedingungen wie Blockkonfrontation und Kalter Krieg. Misslingen musste dieser Versuch vor allem aus inneren Gründen: wegen eines eklatanten Mangels an Demokratie und Missachtung elementarer Bürgerrechte, wegen des grundsätzlichen Misstrauens des Staatsapparates gegenüber den Bürger:innen und, schließlich, wegen der mangelhaften Fähigkeit des Wirtschaftssystems, den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Frage3:

Wie steht die LINKE zur Mauer

Der Bau der Mauer, des vorgeblichen "antifaschistischen Schutzwalls", war ein deutliches Zeichen der Schwäche der DDR-Regierung. Die Mauer richtete sich in letzter Konsequenz nicht gegen äußere Staatsfeinde, sondern gegen die individuellen Freiheitsrechte der eigenen Bevölkerung.

Zwar hat jeder Staat das Recht und die Pflicht, seine Grenzen zu schützen, aber die Geschichte der Mauer entlang der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten steht für den Missbrauch dieses Rechtes. Die Schüsse an der Mauer auf eigene Bürgerinnen und Bürger, die ihren Staat verlassen wollten, stellen eine Verletzung elementarer Menschenrechte dar und sind durch nichts zu rechtfertigen.

Frage 4:

Wie steht die LINKE zum Schießbefehl

Nach dem Ende der DDR sind viele auf der Suche nach einem zentralen "Schießbefehl", einem Dokument, mit dem die Staatsführung die Grenzsoldaten ausdrücklich anweist, auf eigene Bevölkerung beim Versuch, die Staatsgrenze zu überschreiten, gezielt zu schießen. Ein solches Dokument ist bisher nicht gefunden worden. Dokumentiert sind Schießbefehle aus dem Verantwortungsbereich des Ministeriums für Staatssicherheit für einzelne ihrer an der Grenze stationierten Einheiten.

Tatsache ist, dass an der Grenze geschossen wurde, dass es Hunderte von Toten gab – ob mit oder ohne offiziellen Schießbefehl. Wenn es keinen Schießbefehl des "Politbüros" oder der Staatsführung gegeben hat, so wirft das kein besseres Licht auf die Verantwortlichen. Denn sie haben auf jeden Fall nichts getan, um die Schüsse zu unterbinden. Und wenn das Grenzregime ohne zentralen Befehl aus dem Politbüro auskam, so sagt dies mehr über die systematischen repressiven Mechanismen aus als es ein zentraler Schießbefehl jemals könnte.

Frage 5:

Wie steht die LINKE zur Stasi

Bereits in ihrer Gründungsphase hat die PDS verbindliche Beschlüsse gefasst, wonach Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter und Mandate der Partei ihre politischen Biografien offenlegen sollen. Dazu zählt ausdrücklich auch eine aktive oder passive Tätigkeit als "Informelle Mitarbeitende" des Ministeriums für Staatssicherheit.

Wo eine solche Tätigkeit zunächst verschwiegen, dann aber bekannt wurde, folgte in der Regel der Rücktritt von Amt und Mandat. Wichtig war der PDS immer die Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie, die Frage nach den Schlussfolgerungen und der Bewertung. Ein besonders wichtiger Aspekt der Bewertung war neben den Beweggründen vor allem die Frage nach dem angerichteten Schaden, den Folgen für andere.

An der Tätigkeit des nach innen gerichteten Spitzelwesens und Repressionsapparats des MfS gab es für die PDS nie etwas zu beschönigen, aber Menschen hat sie immer für einsehens- und veränderungsfähig gehalten.

Eine Schlussfolgerung der Auseinandersetzung mit den Staatssicherheitsdiensten der DDR ist die generelle Skepsis gegenüber einer Vereinbarkeit von geheimdienstlicher Tätigkeit und demokratischer Transparenz und Kontrolle.

Frage 6:

Wie alt ist die neue Linke

DIE LINKE ist keine Modeerscheinung aus dem Nichts. Sie sieht sich in einer parteipolitischen Traditionslinie, die auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zurückreicht. Das ist aber nicht gemeint, wenn uns von unseren politischen Gegnern, immer gerne auch wider besseres Wissen, vorgeworfen wird, wir seien eine Partei aus alten "SED-Kadern", unverbesserlichen westdeutschen "Altkommunisten" und frustrierten Ex-Sozialdemokraten. Ehemalige Mitglieder der Blockparteien der DDR finden sich auch in anderen Parteien, vor allem der CDU und der FDP, an die auch deren Vermögen überging.

Das scheint aber kein Thema der politischen Auseinandersetzung zu sein. Tatsache ist, dass mehr als 95% der ehemaligen SED-Mitglieder nicht mehr Mitglied der PDS geworden sind. Heute geht es unseren politischen Gegnern vor allem darum, in der politischen Auseinandersetzung tiefsitzende antikommunistische Ressentiments anzusprechen, die in den Zeiten der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges auch schon benutzt wurden. Das ist in der Tat ewiggestrig.

3. Was Mitglieder wissen sollten

A. Wichtige Hinweise zur Mitarbeit

Einstieg in die Thematik

Nicht immer treffen die Vorstellung eines/einer Neueingetretenen auf die Wirklichkeit, wenn es darum geht diese in das Parteileben zu integrieren. In den folgenden Textpassagen haben wir Punkte ausgewählt die helfen sollen, den Einstieg zu erleichtern. Neumitglieder sollten sich im Klaren sein, wie sie sich einbringen wollen. Deshalb sollte als erstes geklärt werden, ob es sich um eine aktive oder passive Mitgliedschaft handelt. Aktive Mitglieder unterstützen die Partei darüber hinaus durch aktive Teilnahme an der Arbeit des Kreisverbandes. Mit dem Eintritt in die Partei sind seitens der Neumitglieder meist gewisse Vorstellungen, Erwartungen und Ziele verbunden. Hier sollte geklärt werden, wie sich diese in die Arbeit des zuständigen Kreisverbandes einbinden lassen. Passive Mitglieder unterstützen die Partei durch Zahlung ihrer Mitgliedsbeiträge und leisten dadurch einen wichtigen Beitrag.

Selbsteinschätzung hilfreich

Neben den eigenen Wünschen und Vorhaben sollten Neumitglieder selbst einschätzen, wie diese sich in die praktische Parteiarbeit einbringen können. Hier ist es hilfreich, wenn man eigene Stärken und Schwächen kennt.

Was ist für eine praktische Mitarbeit erforderlich

Für eine Sinnvolle Mitarbeit im Kreisverband ist es von Vorteil möglichst oft an den monatlichen Kreismitgliederversammlungen teilzunehmen. Für die meisten Aufgaben sind Grundkenntnisse über das Parteiprogramm und laufende Kampagnen erforderlich. Auch die Kenntnis der Parteistruktur ist vorteilhaft.

Wo ist die Mitarbeit möglich

Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten gibt es etliche Möglichkeiten sich aktiv einzubringen. z.B.: Beim Verteilen von Infomaterial (Briefkastensteckaktionen), Teilnahme an Infoständen und Aktionen, Vorbereitung von Veranstaltungen, Mitarbeit in Bündnissen, Erstellen von Textbeiträgen für Publikationen des Kreisverbandes, Gestaltung von Flyer, Betreuung der Website und Facebook-Seite, Eigene Ideen einbringen.

Kontaktaufnahme wegen des eigenen Engagement

Um das eigene Tun und das Mitwirken im Kreisverband abzuklären, sollten Neumitglieder das Gespräch mit dem Kreisvorsitzenden suchen. Wer sich aktiv in das Parteigeschehen auf Kreisebene einbringen möchte sollte nicht unbedingt darauf warten bis man direkt hierzu eingeladen wird. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Das gegenseitige Kennenlernen dient zum einen, sich über die Arbeit des Kreisverbandes und die Betätigungsmöglichkeit zu informieren zum anderen den Teilnehmenden dieses Gesprächs das Neumitglied und seine Ziele und Wünsche besser kennenzulernen.

Was sollten Neumitglieder noch bedenken

Dass in einer pluralistischen Partei wie die „DIE LINKE“ Mitglieder mit unterschiedlich Interessen und Auffassungen aufeinandertreffen. Dies erfordert oftmals sehr viel Toleranz. Sie sollten nicht gleich entäußert sein, wenn in der MV organisatorische Themen im Vordergrund stehen, zum einen, kann dieses u.a. am Zeitpunkt liegen (Wahlen zu Parlamenten) oder an der Arbeitsweise dieses KVs. Vielmehr weiter zuschauen welche Angebote und Möglichkeiten es noch gibt das fehlende zu kompensieren.

Angebote der Gesamtpartei nutzen

Neben dem eigenen KV gibt es einige landes- und/oder bundesweiten Veranstaltungen die gerade auch für Neueingetretene Interessant sein können. Zu diesen Veranstaltungen gehören:

- Das Seminar Was ist was will die Linke:* Es richtet vor allen an Mitglieder, die maximal seit einem Jahr der Partei angehören. Dieses Seminar vertieft den geschichtlichen Teil.
- Die Frühlingsakademie:* Bei dieser mehrtägigen Veranstaltung die zwischen April und Mai am Werbelinsee in Berlin stattfindet.
- Die Besucherfahrt in den Bundestag:* Jede:r hessische Bundestagsabgeordnete:r unserer Partei führt mindestens einmal im Kalenderjahr eine dreitägige Fahrt zu den politischen Stätten in Berlin durch. Auch wenn sich das Angebot nicht nur an die Parteimitglieder wendet, ist es eine weitere gute Möglichkeit die Linke näher kennenzulernen, die genutzt werden sollte.

B. Beteiligungsrechte der Mitglieder

Einleitung

Neben den rechtlichen Vorgaben und Möglichkeiten liegt es in der Entscheidung des einzelnen Mitgliedes selber inwieweit sich ein Mitglied in das Parteileben und in die Parteiarbeit einbringen möchte. Neben der Arbeit im Kreisverband können sich Mitglieder zur politischen Willensbildung in inhaltlichen und/oder politischen Arbeitsgemeinschaften organisieren, an Informations- bzw. Schulungsveranstaltungen teilnehmen.

Teilnahmerecht

Als Mitglied hat man einen generellen Anspruch an Beratungen von öffentlichen Mitglieder- und Wahlversammlungen und Vorstandssitzungen aller Parteigremien und Ebenen als Gast im Kreisverband als stimmberechtigtes Mitglied teilzunehmen. Wer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möchte, darf dieses tun.

Ein gesondertes Einladungsrecht zu den anderen Sitzungen besteht genauso wenig wie das Recht auf Fahrtkostenrückerstattung. Sofern man nicht delegiert wurde, geschieht die Teilnahme als eigenes Vergnügen. Des Weiteren ist anzumerken, dass Gäste in begründeten Fällen oder wenn insbesondere Rechte Dritter (Persönlichkeiten) betroffen sind z.B. eine Kandidatenvorstellung ausgeschlossen werden.



Informationsrecht

Dies bedeutet, dass die Mitglieder einen Anspruch haben über alle wesentlichen Veranstaltungen und Themen eines Kreis- und Landesverbandes rechtzeitig informiert zu werden. Zu diesem Zweck darf der Kreisvorstand zur Kostenminderung, diese über E-Mailverteiler und der Website verbreiten. Ein postalischer Anspruch (keine Einschreiben) bestehen nur bei Einladungen zu Mitgliederversammlung und wichtigen Parteiwahlveranstaltungen.

Rederecht

Wie beim Teilnahmerecht auch, kann ein Mitglied bei allen öffentlichen Sitzungen und Veranstaltungen der Parteiorgane und Zusammenschlüsse auf vorherigen Antrag das Rederecht in der vereinbarten Zeit erteilt werden. Hierauf, sei noch mal erwähnt, soweit das betroffene Gremium keine andere Regelung für sich getroffen hat, besteht kein individueller Anspruch auf ein Rederecht.

Bei den Sitzungen und Wahlveranstaltungen innerhalb der Parteigremien wie z.B. des Kreisverbandes besteht zwar der Anspruch des Rederechtes, es kann aber durch Mitgliederbeschluss und Redeleitung auf eine angemessene Zeit begrenzt werden.

Antragsrecht

Neben dem Rederecht ist jedes Mitglied berechtigt, innerhalb der vor Ort vereinbarten Zeit und Form, Anträge und Initiativen an die Versammlungen zu stellen. Die gestellten Anträge sind danach, wenn möglich, zeitnah in der jeweiligen Kreismitgliederversammlung zu behandeln. Anders herum wird auch ein Schuh daraus, wer möchte dass sich ein Kreisverband mit einem Thema beschäftigt, erreicht dieses am ehesten, in dem er hierzu einen Antrag auf Behandlung an den Kreisvorstand stellt.

Stimmrecht

Jedes Mitglied eines Kreisverbandes hat das Recht an den Abstimmungen teilzunehmen, selbst wenn dieses z.B. wegen ungebührlichen Verhaltens von der Sitzungsleitung vor die Tür geschickt wurde. Das Stimmrecht wiederum kann nur persönlich am Ort der Sitzung ausgeübt werden. Ein Übertragen an Freunde etc. ist genauso unzulässig wie das Dazuschlagen durch moderne Kommunikationsmittel. Diese Regelung gilt insbesondere für Kreis- und Ortsverbände.

Bewerbungen für Parteiämter und Mandate

Im Rahmen der geltenden Bestimmungen unserer Partei steht es den Mitgliedern frei, sich auf Mitgliederversammlungen mit Wahlen für Vorstands- und/oder Delegiertenmandate zu kandidieren und für Parlamentslisten sich aufstellen und wählen zu lassen. Aus diesem Recht leitet sich kein Anspruch ab, auch gewählt zu werden. Wen die Mitglieder mit einer Aufgabe und Funktion betrauen, entscheiden diese in freier und geheimer Wahl unter der Einhaltung der gültigen Wahlbestimmungen.

Ausschluss vom Stimm- und Wahlrecht

Durch Versammlungsbeschluss am Wahltag können Mitglieder wegen rückständiger Mitgliedsbeiträge, sofern dieses in der Einladung angekündigt war von der Abstimmung bei Wahlen ausgeschlossen werden.

Angebote zur Fortbildung

Neben den klassischen Mitgliederrechten können sich Mitglieder zur politischen Willensbildung in inhaltlichen und/oder politischen Arbeitsgemeinschaften organisieren, an Informations- bzw. Schulungsveranstaltungen teilnehmen. Hierzu gehört u.a. das Neumitgliederseminar der Kommission Politische Bildung (KP-B-Hessen) und Fachseminare zu verschiedenen Bereichen. Darüber hinaus bietet Kommune Links und die Rosa Luxemburg Stiftung weitere Fortbildungsveranstaltung zu verschiedenen Themenstellungen an.

Checkliste: Beteiligungsrechte



- Informationsrecht,
- Beteiligungsrechte,
- Recht auf Zusammenschluss,
- aktiv zur Wahl stellen,
- an Wahlentscheidungen mitwirken



Teilnahme an Mitgliederentscheiden

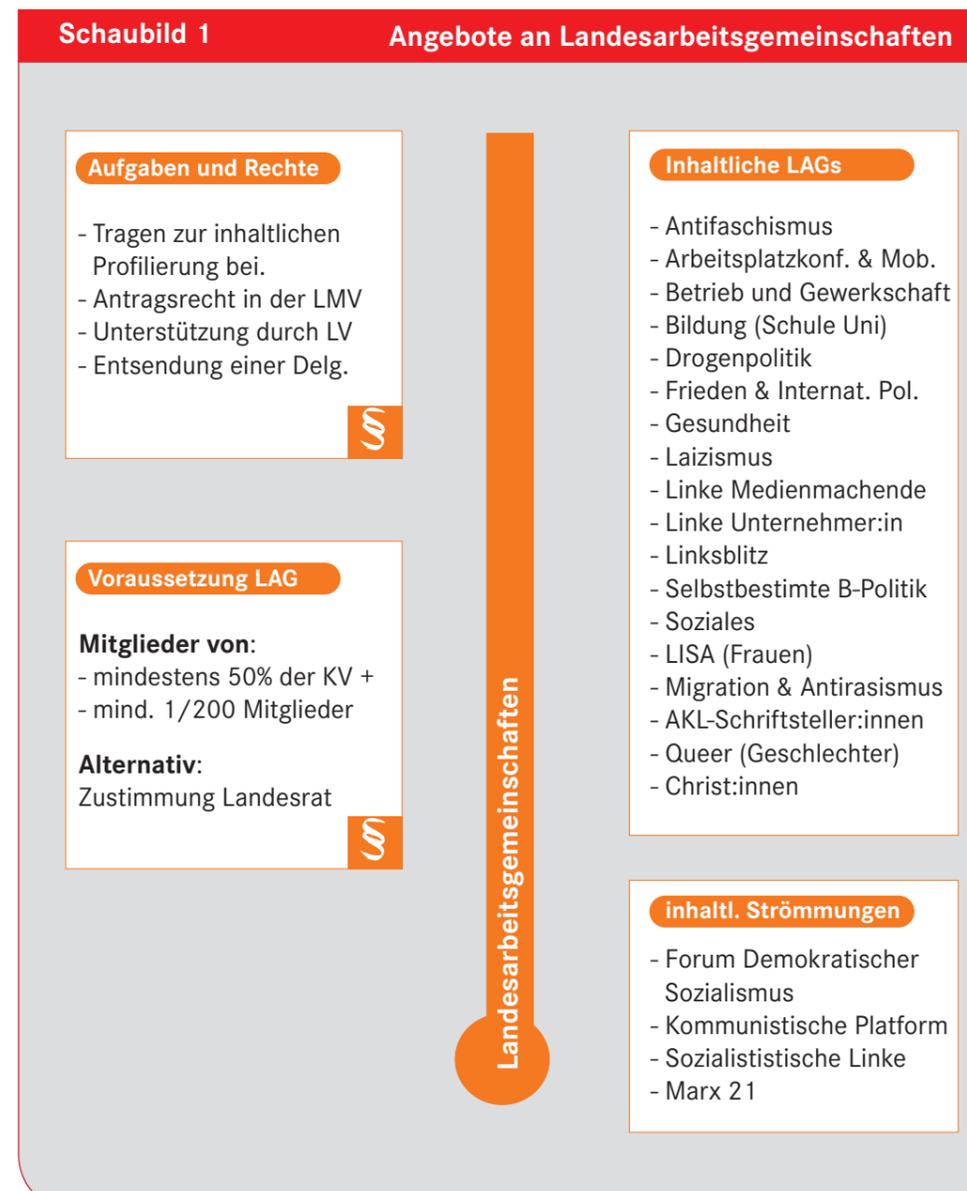
In unterschiedlichen Abständen können zu besonders wichtigen Themen, die die Mitglieder unmittelbar betreffen, Mitgliederentscheide durchgeführt werden. So wurde Ende 2011 der Beschluss zum aktuellen Parteiprogramm und in Hessen 2008 eine Abstimmung über die Tolerierung der Rosa/Grünen Landesregierung durchgeführt.

Mitarbeit in Zusammenschlüssen

Mitglieder haben die Möglichkeit sich in inhaltlichen und politisch in landes- und bundesweiten Zusammenschlüssen aktiv mitarbeiten zu können.

Die Satzung sagt: Zusammenschlüsse auf Landesebene bestimmen selbstständig den politischen und organisatorischen Beitrag, den sie zur Politik der Partei und zur Weiterentwicklung von Mitglieder-, Organisations- und Kommunikationsstrukturen der Partei leisten. Sie entscheiden selbstständig über ihre Arbeitsweise und ihre innere Struktur. Diese müssen demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Das Angebot und die Ansprechpersonen der einzelnen Arbeitsgemeinschaften können auf der Website der Landespartei eingesehen werden (siehe LAG).



Gründung bzw. Wiederbelebung einer landesweiten Arbeitsgemeinschaft

Neben der Mitarbeit können Mitglieder darüberhinaus nach Interessens- und Motivationslagen auf Eigernitiative.

Ein Zusammenschluss bspw. eine LAG kann dann anerkannt werden, wenn und solange er von mindestens der Hälfte der Kreisverbände unterstützt, sowie von mindestens ein Zweihundertstel der Gesamtmitglieder eines Landesverbandes repräsentiert wird. Abweichend davon kann der Landesrat auch Zusammenschlüsse als landesweit anerkennen, wenn die Voraussetzungen nicht vollständig erfüllt sind.

C. Pflichten des Parteimitgliedes

Warum diese notwendig sind

Wie in jeder anderen Organisation auch haben sich die Mitglieder der Partei der Linken an Regeln des Zusammenlebens und -arbeitens zu halten. [Neben den aufgeführten beschriebenen Punkten ist es vor allem, sich an Sitte und Anstand zu halten und der Partei nicht durch Eskapaden und Ausfälligkeiten in ein schlechtes Licht zu rücken.

Grundsätze des Parteiprogramms einhalten

Mitglieder, insbesondere solche, die ein Parlamentsmandat oder eine gehobene Stellung in der Partei wahrnehmen, stehen im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Gerade von Ihnen wird erwartet, dass sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sich an die Beschlüsse der Mitglieder sowie an das Parteiprogramm halten. Das bedeutet in der Praxis, dass das politische Handeln kein Selbstzweck sein darf, sondern zur Umsetzung der politischen Ziele dienen soll.



Nichtantritt auf einer konkurrierenden Liste

Mitglieder sind gehalten, bei Kandidaturen zu öffentlichen Ämtern wie dem Kreistag oder Landtag nicht konkurrierend zur eigenen Partei anzutreten. Wesentlichste Voraussetzung für einen Ausschluss ist, dass z.B. in einem solchen Fall der Antragsteller darauf achtet, dass für alle abtrünnigen und antretenden Mitglieder ein solcher Antrag in einer Frist von vier Wochen nach bekannt werden gestellt wird, sonst ist mit Abweisung dieses Antrages bei der Bundesschiedskommission zu rechnen.

Mitgliedsbeiträge ordnungsgemäß entrichten

Wie in jedem Verein ist es auch in unserer Partei Voraussetzung, dass die Mitglieder in regelmäßigen Abständen ihren finanziellen Beitrag leisten. Am wenigsten Aufwand für den Schatzmeister ist es, wenn der Beitrag in Form eines Dauerauftrages beglichen wird. Das bedeutet, dass der Landesverband die Arbeit der Kreisschatzmeister:in übernimmt und der KV bekommt dann halbjährlich den 50% -Anteil. Die Höhe des Beitrages richtet sich an das monatliche Einkommen des Mitgliedes.

Adress- und Kontoänderungen anzeigen

für die Aktualität der Anschrift seines Wohnortes, der Bankverbindung mit seiner Kontonummer oder der E-Mailadresse ist alleine das Mitglied selber verantwortlich.

Beitragsbefreiung auf Antrag möglich

Auf Schriftlichen Antrag kann ein Mitglied für maximal ein Jahr von der Beitragspflicht befreit werden. Die Entscheidung hierüber trifft der betroffene Kreisvorstand aus Datenschutzgründen in nichtöffentlicher Sitzung.



Checkliste: Pflichten der Mitglieder



- Nichtantritt auf konkurrierender Liste
- Grundsätze des Parteiprogramms einhalten
- Beschlüsse der Parteorgane und andere Mitglieder zu achten
- Änderung persönlicher Daten und Anschrift anzeigen
- Zahlen von Mitgliedsbeiträgen

D. Zehn Punkte zum organisatorischen Aufbau der Partei

1. Alle Mitglieder in einer regionalen Einheit (ein Landkreis, mehrere miteinander verbindende Landkreise, eine Stadt oder Stadtteil) bilden den Kreisverband. Kreisverbände können sich regional unterteilen (Ortsverbände, § 13 Abs. 8) als auch in Basisorganisationen (§ 13 Abs. 9).

Auch Ortsverbände können sich in Basisorganisationen (§ 13 Abs. 9) unterteilen. Die BO ist die kleinste Einheit der Partei, kann sich z.B. anhand der Wohngegend, Arbeitsplatz, Alter, gemeinsames Interesse usw. organisieren.

2. Ein durch die Satzung vorgeschriebenes Organ des Kreisverbandes ist die Mitgliederversammlung (MV) die mancher Orts auch Kreisparteitag genannt wird. Darüber hinaus können in den Gebieten der Kreisverbände sogenannte Orts- und/oder Gebietsverbände eingerichtet werden. Entscheidungsgremien in Hessen auf Kreis- und Ortsebene sind deren Mitglieder. In Mitgliederstarken Kreisverbänden ist es auch möglich, die MV durch eine Delegiertenversammlung zu ersetzen.

3. Das zweite vorgeschriebene Organ ist der Kreisvorstand. „Die Kreisverbände sind zuständig für alle politischen und organisatorischen Aufgaben ihres Bereiches“ (§13 Abs.6). Seine Mitglieder werden durch die Mitgliederversammlung entweder für ein, - maximal für zwei Jahre gewählt.

4. Die Delegierten des Landesparteitages werden alle zwei Jahre von den Mitgliedern in einer Wahlversammlung des Kreisverbandes gewählt.

5. Der Landesparteitag wählt alle zwei Jahre auf seiner ersten Sitzung in der neuen Wahlperiode die Mitglieder des Landesvorstands.

6. Daneben gibt es noch ein weiteres Gremium, der Landesrat heißt. Delegierte in den Landesrat wählen der Kreisparteitag und der Landesparteitag. Zudem entsendet der Landesvorstand Mitglieder in das Gremium.

Meistens sind auch noch Mitglieder des Kreisvorstandes gesetzte Mitglieder der Landesräte. Genauerer regeln die jeweiligen Landessatzungen. In Hessen wird aller Voraussicht dieses Gremium ersatzlos gestrichen, da es in der Vergangenheit gezeigt hat, dass es für die praktische Parteiarbeit nicht Alltagstauglich war.

7. Die Delegierten des Bundesparteitages werden von den Mitgliedern mit Ausnahme Frankfurts von mehreren Kreisverbänden in einer extra Wahlversammlung mit mehreren Kreisverbänden gewählt. Welche Kreisverbände einen Wahlkreis bilden entscheidet der Landesvorstand.

8. Der Bundesparteitag wählt alle zwei Jahre auf seiner ersten Sitzung in der neuen Wahlperiode die Mitglieder des Bundesvorstands.

9. Dann gibt es noch den Bundesausschuss (§ 22). „Der Bundesausschuss ist das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand.“ (§ 21 Abs. 1). Er berät und beschließt u.a. über den Jahresfinanzplan der Partei und große Kampagnen (§ 21 Abs. 3). Er unterbreitet der Bundesvertreterversammlung einen Personalvorschlag zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament. (§ 21 Abs. 5).

10. Mitglieder des Bundesausschusses werden durch die Landesparteitage gewählt. Zudem werden Delegierte mit beratender Stimme durch den Bundesparteitag gewählt. (genauerer § 22 Abs. 4). Auch der Parteivorstand entsendet aus seiner Mitte sechs Mitglieder (darunter zwingend den/die Bundeschatzmeister.in) (siehe Schaubild Seite 22).

Schaubild 2 Aufgaben der fünf Landesgremien



4. Grundsätze und Ziele unserer Partei

A. Allgemeine Grundforderungen der Gesamtpartei

Der demokratische Sozialismus

Soziale Gerechtigkeit und ein friedliches Miteinander der Völker sind erstrebenswerte Ziele die eine neues System des Zusammenlebens bewirken, zum Wohl aller Menschen. Daher setzt sich DIE LINKE für einen Systemwechsel ein, vom einer derzeit kapitalistischen Gesellschaft hin zur sozialistischen Gesellschaft, die auf demokratischer Basis, durch dem Willen der Menschen die in ihr leben, geschaffen und gestaltet werden muss

Krieg als politisches Mittel

Kriege haben zu allen Zeiten Not und Elend über die Menschen gebracht und sind schon allein deshalb abzulehnen.

Der Krieg hat aber auch eine, durch das kapitalistische System bedingte Ursache, weil er meist aus imperialistischen Gründen geführt wird, um der kapitalistischen Wirtschaft ein Wachstum zu erzeugen.

Das beste Mittel gegen den Krieg ist die sozialistisch geprägte Demokratie, in der die Interessen der Menschen vertreten werden und nicht die Interessen von Wenigen, die den Krieg aus wirtschaftlichen, egoistischen Gründen wollen.

Je ausgeprägter die Demokratie in den Staaten der Erde ist umso mehr besteht die Möglichkeit Konflikte am Verhandlungstisch zu lösen.

Die Förderung demokratischer Regierungen hat daher einen sehr großen Stellenwert, da in einer gerechten und friedlichen Gesellschaft keine Chance für Gewaltherrscher besteht.

„ Hinweis: DIE LINKE sagt daher ganz klar „Krieg ist kein Mittel der Politik“.



Gleichstellung von Mann und Frau

DIE LINKE steht für die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft und selbstbestimmtes Leben und Lieben. Die erkämpften Frauenrechte müssen verteidigt und ausgebaut werden. Noch immer sind Gesetze am tradierten Rollenmuster ausgerichtet. Noch immer leben Frauen hauptsächlich in prekären Arbeitsverhältnissen, kümmern sich mehrheitlich um Familienangehörige und verdienen (deutlich) weniger als Männer. Noch immer fehlt eine tatsächliche Reform des Sexualstrafrechts in dem deutlich wird "Nein heißt Nein!". Das muss sich ändern und dafür streitet DIE LINKE. Ob im Parlament, in Bündnissen oder auf der Straße. Es ist höchste Zeit für Veränderung! Macht mit.

Der sozialökologische Umbau

DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an. Sie will, dass die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht mehr den Profit als oberste Maxime hat, sondern an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet wird. Für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung kommt der drastischen Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen in Deutschland absolute Priorität zu. Die Europäische Union sollte international eine ökologische Vorreiterrolle übernehmen.

Der sozial-ökologische Umbau erfordert die Herausbildung neuer, mit der Umwelt verträglicher Lebensweisen und eines neuen Wohlstandstyps. Sozialer Sicherheit, solidarischen zwischenmenschlichen Beziehungen, der Gesundheit und der Muße, Bildung und Kultur wird dabei ein wachsendes Gewicht zukommen, ohne asketischen Lebensstilen das Wort zu reden.

Bundesebene



Landesebene



Kreisebene



Schaubild 2 Aufbau der Partei in Hessen

Nachhaltige Verantwortung für die Umwelt bedeutet, dass jedem Menschen auf der Erde unter Beachtung der unterschiedlichen natürlichen Lebensbedingungen das gleiche Recht auf Nutzung der irdischen Ressourcen zugestanden werden muss. Wir fordern ökologische Gerechtigkeit und solidarische Unterstützung der ärmeren Länder der Welt bei der Lösung der Umwelt- und Ernährungsprobleme. Deutschland und Europa müssen die Verpflichtungen einhalten, die sie im Rahmen der Entwicklungsziele der UNO zur Minderung von Armut, Kindersterblichkeit, Analphabetentum, Unterentwicklung und Umweltzerstörung eingegangen sind.

Start für Mitglieder in
die Arbeit der Partei
Die Linke



Teamendenheft - A1

Neumitglieder

Treffen



Der kleine Einstiegsfibel

was ihr daraus macht, liegt an Euch

Informationen nicht nur für Neumitglieder zum
Kennenlernen und Einstieg in die Parteiarbeit
im Landesverband Hessen.



A1

DIE LINKE.
Kommission Politische Bildung

Einladung zum Tagesseminar „Start in das Parteilieben“

Wann: Samstag, XY von 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr Parteibüro
Ort: LGS Frankfurt, Allerheiligentor 2-4; 60311 Frankfurt
Veranstalter: Kommission Politische Bildung, LV-Hessen

Zielgruppe:

Das Seminar richtet sich an alle Genoss:innen und Sympathisant:innen die
a) nicht länger als ein halbes Jahr Parteimitglied sind und/oder
b) aktiver das Parteigeschehen mitgestalten möchten.

Schwerpunkte sind u.a.:

- Wie ist die Partei entstanden?
- Beteiligungsrechte und Parteaufbau.
- Inhaltliche Schwerpunkte der Partei.
- Wie kann ich mich als Mitglied in die Parteiarbeit einbringen.
- Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband.

Methoden und Anmeldungen:

Das Tagesseminar wird in angenehmer und lockerer Atmosphäre durchgeführt. Anhand von praktischen Beispielen werden die Inhalte in Kleingruppen und Diskussionen überwiegend selbst erarbeitet. Die Teilnehmendenzahl ist auf drei, bis 15 Personen begrenzt und wird bei unter drei Teilnehmenden abgesagt. Wir bitten euch daher um vorherige Anmeldung bis spätestens den Montag davor.

B. Vorbereitung des Seminars

Warum dieses Seminar

Gerade wegen der hohen Fluktuation von Vorstandsmitgliedern ist wichtig, dieses Seminar jedes Jahr aufs Neue anzubieten um so permanent eine Grundlagenbildung für die Mitglieder in Kreisvorständen zu erreichen.

Wann und wo führe ich diese durch?

Das Seminar, das vor allem als Abrufseminar angeboten wird findet i.d.R. Samstags oder Sonntags in irgend einem Hessischen KV statt, ein Landesseminar wird bevorzugt in Frankfurt oder in Kassel durchgeführt.

Da das Thema ein Zeitloses ist, kann es von der Kommission je nach Bedarf angeboten werden. Es sollte zumindest einmal im Jahr angeboten werden.

Seminarkonzeption „Start in die Parteiarbeit“

Thema: Start in DIE LINKE Parteiarbeit

Teilnehmerzahl: Max. 15 Personen

Seminarort: Regelt der einladende KV oder KPB

Zielgruppe: Neumitglieder des letzten 1/2 Jahres

Zeitdauer: 240 Min Inhalt 30 Min Pausen

Zeitraumen: 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Materialien: Mappe A1; Arbeitsblätter, Folien

Teamende: Teamende:r 1

Neumitglieder

Treffen



A1

Seminarablaufplan

Seminarbeginn
10.30 Uhr bis

- | | |
|---|-----------|
| 1. Seminarbeginn mit gemeinsamen Frühstück (30)
Vorstellung (15), Regeln (5) Ablaufprogramm (10) | 10.30 Uhr |
| 2. Wie ist die Linke entstanden (30)
Vortrag Kurzabhandlung der Parteigeschichte | 11.00 Uhr |
| 3. Beteiligungsrechte und Parteaufbau (40) + (20 Pause)
Plenum: Erläuterung der Rechtsquellen + Parteaufbau | 11.30 Uhr |
| 4. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei (90) + (10 Pause)
PP-Vortrag Europa, Bund, Land, Kommune | 12.30 Uhr |
| 5. Wie könnte ich mich in die Parteiarbeit einbringen (60)
Gruppenarbeit (30); Auswertung (30) | 14.10 Uhr |
| 6. Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband (20)
Offene Runde mit Ausfüllen des Fragebogens | 15.10 Uhr |
| 7. Schlussrunde (30)
Offene Fragen (10); Abschlussrunde (15); Schlussankündigungen (5) | 15.30 Uhr |

Bemerkung: Wenn gewünscht eine Frühstückspause von 30 Min zu Seminarbeginn dazu.
Die Mittagspause beträgt zwischen 30 bis 60 Minuten.

16.00 Uhr

Seminarende
16.00 Uhr

Seminarablaufplan

1. Einstieg in das Seminar (30)
2. Wie ist die Linke entstanden (30)
3. Beteiligungsrechte und Parteaufbau (40) + (20) Pause
4. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei (90) + (10) Pause
5. Wie könnte ich mich in die Parteiarbeit einbringen (60)
6. Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband (20)
7. Schlussrunde (30)

C. Beschreibung der einzelnen Schritte

Thema 1

Seminareinstieg

Start und Ende: 10.30 Uhr bis 11.00 Uhr

Zeitraumen: 30 Min

Methode: Frühstück und Brainstorming

Hilfsmittel: Kaffee, Brötchen, Wurst, Käse, Marmelade etc.

Wer: Teamende:r 1 und Teamende:r 2

Allgemeines

Das Seminar beginnt mit einem gemeinsamen Frühstück, es dient zur Auflockerung und sorgt zu Beginn für eine entspannte Arbeitsatmosphäre. Bereits während des Frühstücks kann mit der Vorstellung des Teams und der Teilnehmenden begonnen werden. Es reicht hier vollkommen aus, wie die TN heißen, wo sie im KV organisiert sind und ob sie eine Parteifunktion ausüben. Darüber hinaus ist hier wichtig zu klären, warum ich in die Partei eingetreten bin und welche Erfahrungen bisher gemacht wurden.

Abfragen Erwartungshaltung/Feedbackregeln

Im Anschluss an die Vorstellung werden von den TN die Erwartungshaltung abgefragt (Was möchte ich an diesem Tag lernen, dass Seminar wird gut wenn?), der Ablaufplan vorgestellt und mit den Feedback- und Seminarregeln, die an der Wandzeitung niedergeschrieben sind, behandelt und besprochen.

Wichtig: Wünsche, die aufgrund Ihrer Themenstellungen oder dem Zeitrahmen nicht behandelt werden können, sind den TN an dieser Stelle gleich mitzuteilen.

Seminarregeln:

- Handys auf lautlos stellen,
- Computer sind heruntergeklappt
- Störungen haben Vorrang,
- Wir halten uns an die vereinbarten Zeiten

Ich will heute lernen?

- Wie ist die Partei entstanden?
- Welche Inhalte hat die Partei?
- Wie baut sich die Partei auf?
- Wie kann ich mich im KV einbringen?
- Was sind die Rechte und Pflichten?

” Fragen zur Person

1. Was gibt es wichtiges über Dich zu sagen?
2. Wie wurdest Du politisiert?
3. Wann bist Du in die Partei DIE Linke eingetreten?
4. Welche Erwartungen verbindest Du mit dem Seminar.

Fragen zur Person

Zu 1:

Was gibt es wichtiges über Dich zu sagen

Name: Clarissa Schärenstein

Alter: 28

Parteigliederung: LV-Hessen, KV-Pillerthal

Wohnort: Bad Schleichenburg

Beruf: Agrar Ökologin auf Lehramt

Zu 2:

Wie wurdest Du politisiert

Durch den einmal im Monat stattfindenden Bärentreff.

Hier bekam ich mit, dass die LINKE noch die einzige Partei sei, die für die Beibehaltung des Mietpreisbremse in unserem Landkreis einsetzt.

Zu 3:

Wann bist Du in die Partei DIE Linke eingetreten

vor zwei Monaten.

Zu 4:

Welche Erwartungen verbindest Du mit dem Seminar

Mehr Informationen und Anregungen.

Seminarablaufplan

1. Einstieg in das Seminar (30)
- 2. Wie ist die Linke entstanden (30)**
3. Beteiligungsrechte und Parteaufbau (40) + (20) Pause
4. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei (90) + (10) Pause
5. Wie könnte ich mich in die Parteiarbeit einbringen (60)
6. Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband (20)
7. Schlussrunde (30)

Thema 2

Wie ist die Linke entstanden

Start und Ende: 11.00 Uhr bis 11.30 Uhr

Zeitraumen: 30 Min

Methode: Erklärbar

Hilfsmittel: Seite 45

Materialien: Seite 7 bis 12

Wer: Teamende:r 1

Warum diese Fragestellung

Anhand von X Bildern bekommen die TN in kurzen Worten erläutert wie es zu Entstehung der Partei die Linke kam. Wichtig hierbei ist, die TN darauf hinzuweisen, dass bei einem Vertiefungsseminar, ausführlichst dieses Thema behandelt wird.

Epoche 1

Der Bruch mit der SPD durch die Kriegskredite



Rosa Luxemburg

Mit den Kriegskrediten 1914 fing alles an, hier löste sich eine Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aus der SPD heraus und bildete eine eigenen Gruppierung. Mit der Revolution und dem damit verbundenen Ende des Kaiserreiches mit dem verlorenen „Ersten Weltkrieg“ im November 1918 bis Januar 1919 scheiterte das Ziel die Erste Räterepublik in Deutschland zu installieren.

Epoche 2

Der Kampf gegen den Nationalsozialismus



In der Weimarer Zeit galt das Hauptaugenmerk der Linken Gruppierung den Kampf gegen den immer Stärker werdenden Hitlerfaschismus zu führen. Was 1923 mit Hilfe der Gewerkschaften noch gelang den sogenannten Kap-Putsch zu verhindern, endete am 30. Januar 1933 mit der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten Paul v. Hindenburg.

Epoche 3

Nachkriegsära bis zur PDS-Gründung



Die Folge des Hitlerfaschismus waren u.a. 55 Millionen Tote durch Krieg, Hunger, Vertreibung sowie zwei deutsche Staaten. In die 70. und 80. Jahren des vorherigen Jahrhunderts waren die Arbeitskämpfe und die Friedensbewegung die Tätigkeitsfelder Linker Gruppierungen. Mit dem Fall der Mauer 1989 und dem Zusammenbruch der DDR, entstand schließlich eine ernstzunehmende Konkurrenz zur SPD. Die PDS am 16.12.1989.

Epoche 4

Wie die Partei die Linke entstand



Nach der anfänglichen Euphorie der Wiedervereinigung war es die seit 1998 regierende Rot/Grüne Koalition war es Schröder, der das Linke Plänzchen zum wachsen half. Durch die Agenda 2010 Politik löste er bundesweite Sozialproteste aus, diese erst zur Gründung der WASG am 03.07.2004 und dann zum Zusammenschluss der PDS und der WASG zur Partei die Linke am 16.06.2007.

Seminarablaufplan

1. Einstieg in das Seminar (30)
2. Wie ist die Linke entstanden (30)
3. **Beteiligungsrechte und Parteiaufbau** (40) + (20) Pause
4. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei (90) + (10) Pause
5. Wie könnte ich mich in die Parteiarbeit einbringen (60)
6. Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband (20)
7. Schlussrunde (30)

Thema 3
Beteiligungsrechte und Parteiaufbau
 Start und Ende: 11.30 Uhr bis 12.10 Uhr
 Zeitrahmen: 40 Min + 20 Min Pause
 Methode: TN orientiertes Frage an Hand von Karten
 Hilfsmittel:
 Vorbereitung: Seite 15 bis 22 und 52
 Wer: Teamende:r 1

Warum diese Fragestellung?
 auch neun Jahre nach Parteigründung unserer Partei werden wir immer noch zur Vergangenheit der DDR wegen der Mauer dem Schießbefehl etc. angesprochen. Die Übung soll helfen sicherer auf die immer noch vorhandenen Vorwürfe umzugehen.

Rechtsquellen der Partei DIE LINKE

Bundesatzung



DIE LINKE.

Schiedsordnung
Finanzordnung
Wahlordnung
Mitgliederentscheide



DIE LINKE.

Landessatzung



DIE LINKE.

Folie 2: Rechte der Mitglieder

DIE LINKE.



Linke

- ✓ Antragsrecht
- ✓ Informationsrecht
- ✓ Kandidaturrecht
- ✓ Teilnahmerecht
- ✓ Stimmrecht



Rechte

Folie 3: Pflichten der Mitglieder

DIE LINKE.



Linke

- ✓ Beitragszahlung
- ✓ keine Partei-schädigung
- ✓ Satzung einhalten



Pflicht

Folie 4: Parteiaufbau Kreisverband

Siehe Schaubild Ebene 1
Seite 22

Seminarablaufplan

1. Einstieg in das Seminar (30)
2. Wie ist die Linke entstanden (30)
3. Beteiligungsrechte und Parteaufbau (40) + (20) Pause
- 4. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei (90) + (10) Pause**
5. Wie könnte ich mich in die Parteiarbeit einbringen (60)
6. Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband (20)
7. Schlussrunde (30)

Thema 4

Inhaltliche Schwerpunkte der Partei

Start und Ende: 12.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Zeitraum: 90 Min + 10 Min Pause

Methode: Folienvortrag

Hilfsmittel: Seite 49 bis 51

Vorbereitung: Seite 23 bis 40

Wer: Teamende:r 1 (Bund und Land) Teamende:r 2 (Kommune)

Warum diese Fragestellung?

Gerade für Neumitglieder und Aktive ist es wichtig, die wesentlichsten aktuellen Forderungen der Partei auf der Bundes- Landes- und Kommunalebene zu kennen bzw. sich mit diesen politisch zu beschäftigen und auseinanderzusetzen.

Folie 6: Präambel des Parteiprogramms

DIE LINKE.

DIE LINKE als sozialistische Partei steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft.
Wir, demokratische Sozialist:innen, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen, haben uns in einer neuen linken Partei zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist.

Folie 5: Ziele auf der Europäischen Ebene

DIE LINKE.

- ✓ Investitionsprogramm statt Austeritätspolitik
- ✓ Gegen TTIP, Teasa und Ceta
- ✓ soziale Mindeststandards u.a. von (Lohn, Rente)
- ✓ Mindeststeuersätze statt Steuerdumping
- ✓ Bekämpfung des Wirtschaftslobbyismus
- ✓ Sozialökologische Verkehrspolitik
- ✓ Für ein offenes Europa

Folie 1: Grundsätze und Ziele der Partei

DIE LINKE.

- ✓ Der demokratische Sozialismus
- ✓ Die Ablehnung des Krieges als pol. Mittel
- ✓ Die Gleichstellung von Frau und Mann
- ✓ Der sozialökologische Umbau

Folie 2: Grundsätze und Ziele der Partei

DIE LINKE.

- ✓ Verstaatlichung der Banken und Konzerne
- ✓ Förderung der Genossenschaftssysteme
- ✓ Gleiche Bezahlung von Frau und Mann
- ✓ Mindestlohn von 13,00 €
- ✓ Eindämmung der Leiharbeit & Werkverträge
- ✓ Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- ✓ Nein zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr
- ✓ Bürgerversicherung
- ✓ Mindestsicherung & Mindestrente statt Hartz IV
- ✓ Nachhaltige Energieversorgung
- ✓ Sozialtarife gekoppelt mit der Energiewende
- ✓ Mehr direkte Demokratie

Folie 3: Ziele in Hessen

DIE LINKE.

- ✓ Tariftreugesetz
- ✓ Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- ✓ Abschaffung des G8-Abiturs
- ✓ Ausbau der Kita- und Krippenplätze
- ✓ Inklusion ausbauen und verbessern
- ✓ Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
- ✓ Mehr direkte Demokratie
- ✓ Stärkung der kommunalen Finanzen

Folie 4: Ziele für Kommunen

DIE LINKE.

- ✓ Vermögensteuer als Kommunalsteuer
- ✓ Einführung eines regionalen Sozialpasses
- ✓ Investitionen in bezahlbaren Wohnraum
- ✓ Gesellschaftliche Teilhabe aller Einwohnenden
- ✓ Öffentliche Daseinsvorsorge unter Kontrolle
- ✓ Sozialökologische Verkehrspolitik
- ✓ Mehr direkte Demokratie

Seminarablaufplan

1. Einstieg in das Seminar (30)
2. Wie ist die Linke entstanden (30)
3. Beteiligungsrechte und Parteaufbau (40) + (20) Pause
4. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei (90) + (10) Pause
- 5. Wie könnte ich mich in die Parteiarbeit einbringen (60)**
6. Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband (20)
7. Schlussrunde (30)

Thema 5

Wie könnte ich mich in die Parteiarbeit einbringen

Start und Ende: 14.10 Uhr bis 15.10 Uhr

Zeitraumen: 60 Min

Methode: Plenum mit Einstieg 5 Min; Einzelarbeit 10 Min; Auswertung 25 Min

Hilfsmittel: Nur Bedingt Seite 18

Vorbereitung:

Wer: Teamende:r 2

Warum diese Fragestellung?

Die Neumitglieder sollen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie sie sich in die Parteiarbeit einbringen möchten. Ziel dieser Übung soll es sein, den einzelnen Mitglied Wege aufzuzeigen, wie sie das gewünschte wenn möglich auch relaisieren können.

„ Arbeitsauftrag

1. Schreibt jeweils pro Karteikarte ein Stichpunkt auf, dass ihr gerne in den nächsten sechs Monaten angehen würdet, bzw. wo ihr Interesse habt mitzuarbeiten.
2. Hängt Eure Moderationskarten an die Stellwand oder gebt sie ab.

Wünsche der Teilnehmenden

Allgemeine Themen

Regionale Themen

Aktionen

Weltfrieden

Wohnraumnot

Straßentheater

Klimawandel CO2

Bärenpark

Infozeitung

Grundeinkommen

Besserer ÖPNV

Themenabend

Querfront

Mitgliederarbeit

Politische Bildung

Kampagnen

Grundlagen

Infofahrten

Rhetorik

Talkrunden

Bildungspolitik

Fragebogen für (Neu) Mitglieder

Seminarablaufplan

1. Einstieg in das Seminar (30)
2. Wie ist die Linke entstanden (30)
3. Beteiligungsrechte und Parteaufbau (40) + (20) Pause
4. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei (90) + (10) Pause
5. Wie könnte ich mich in die Parteiarbeit einbringen (60)
- 6. Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband (20)**
7. Schlussrunde (30)

Thema 6

Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband

Start und Ende: 15.10 Uhr bis 15.30 Uhr

Zeitraumen: 20 Min

Methode: Plenum Ausfüllen eines Fragebogens

Hilfsmittel: Fragebogen Seite 43

Vorbereitung: keine

Wer: Teamende:r 2

Warum diese Fragestellung?

Die Neumitglieder sollen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie sie sich in die Parteiarbeit einbringen möchten. Ziel dieser Übung soll es sein, den einzelnen Mitglied Wege aufzuzeigen, wie sie das gewünschte wenn möglich auch realisieren können

” **Arbeitsauftrag**

Füllt bitte sorgsam den Euch vorliegenden Fragebogen aus und gebt ihn uns wieder. Wir werden diesen an euren KV weiterleiten.

Name: _____

Liebes Mitglied,
natürlich wollen wir als Partei für Dich als Mitglied möglichst attraktiv sein. Damit wir Dies sein können, ist es für uns wichtig zu wissen, welche politischen Interessen Du hast und wie Du Dich gerne in die Partei einbringen möchtest. Deswegen möchten wir dich bitten Dir zehn Minuten Zeit zu nehmen und diesen Fragebogen auszufüllen. Er wird ausschließlich Deinem Kreisvorstand zur Verfügung gestellt, damit dieser Dich bestmöglich in die Arbeit vor Ort einbinden kann.

Frage 1:

Was war Deine Motivation bei uns Mitglied zu werden nenne uns die Gründe dafür?

Frage 2:

Hast du Interesse an regelmäßigen Treffen Deines Kreisverbandes/ Deiner Ortsgruppe teilzunehmen?

Ja Vielleicht Jetzt nicht Nein

Wenn Nein, warum nicht? Angabe freiwillig.

Frage 2a:

Welche Themen würden Dich dort besonders interessieren, und sollten behandelt werden?

1. _____
2. _____

Frage 2b:

Bist du selbst mobil, oder bräuchtest Du gegebenenfalls eine Mitfahrgelegenheit?

- Ich bin mobil ich kann jemanden mitnehmen
- Ich brauche eine Mitfahrgelegenheit

Kreisverband: _____

Frage 3:

Hättest Du Lust bei folgenden Aktionen auf der Straße und /oder im Stadt bzw. Ortskern mitzumachen?

Infoständen: Ja Vielleicht Nein

Verteilaktion: Ja Vielleicht Nein

Straßenaktion: Ja Vielleicht Nein

Plakatieren: Ja Vielleicht Nein

Frage 4:

Würdest Du den Kreisverband bei organisatorischen Dingen unterstützen?

Veranstaltungen: Ja Vielleicht Nein

Homepage: Ja Vielleicht Nein

Soziale Netzw.: Ja Vielleicht Nein

Artikel schreiben: Ja Vielleicht Nein

Frage 5:

bist Du in einer Organisation außerhalb der Linken aktiv, wenn ja in welcher(n)?

Frage 6:

Hast du zusätzliche Fähigkeiten, Interessen, etc., die Du gerne in die Partei einbringen möchtest?

Seminarablaufplan

1. Einstieg in das Seminar (30)
2. Wie ist die Linke entstanden (30)
3. Beteiligungsrechte und Parteaufbau (40) + (20) Pause
4. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei (90) + (10) Pause
5. Wie könnte ich mich in die Parteiarbeit einbringen (60)
6. Einsatzmöglichkeiten im Kreisverband (20)
7. **Schlussrunde** (30)

Thema 7

Schlussrunde

Start und Ende: 15.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Zeitraumen: 30 Min

Methode: Offene Fragen Blitzlicht, Fragebogen

Hilfsmittel: Fragebogen

Materialien: D2 Seite XXX

Wer: Teamende:r 2

1. Klären ob es noch offene Fragen gibt?

2. Auswertung mit der Feedbackmethode (Blitzlicht)

Um herauszubekommen, wie die Teilnehmenden mit dem Seminar zufrieden waren, gibt es die Blitzlichtmethode. Das Blitzlicht dient in erster Linie dazu, rasche und spannende Rückmeldungen von den Teilnehmenden einzuholen und wird daher als kurzes Feedback zum Seminarende eingesetzt.

Die Seminarteilnehmenden werden gebeten zu folgenden Punkten etwas zu sagen:

- a) wurden die Erwartungen erfüllt,
- b) habe ich das Gefühl etwas von dem erlernten z.B. in meinem KV etwas umzusetzen,
- c) wäre dieses Seminar hilfreich auch für andere.

Umsetzung der Blitzlichtmethode

Das Blitzlicht wird nur mündlich durchgeführt und bedarf keiner Visualisierung. Da ein Blitzlicht recht schnell durchzuführen ist, ist es für die Schlussphase gut geeignet. Vor dem Einsatz der Methode sind die Teilnehmenden auf folgendes hinzuweisen:

Blitzlichtregeln

- Jede:r darf reden, niemand muss was sagen.
- Jede:r spricht nur für sich selber, nie für andere.
- So kurz wie möglich - so lange wie nötig.
- Das Wort geht entweder nach der Reihe oder wer (z.B den Stift) hat.
- Beim Blitzlicht gibt es: Keinen Kommentar, keine Diskussion und keine Bewertung.

Wichtig: Die Einhaltung der Regeln gilt auch für die Moderator:in, die insbesondere darauf achten sollte das die aufgeführten Regeln auch eingehalten werden.

Anwesenheitsliste

Veranstalter:

Datum:

Seminar:

Ort:

Seite:

Nr.	Name, Vorname	w	m	d		Name des Kreisverbandes
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						
11						
12						
13						
14						
15						
16						

Seminarveranstaltung: Start in DIE LINKE Parteiarbeit		© KPBB-Hessen		
Fragen zur Zufriedenheit mit der Veranstaltung (bitte kreuzt nur ein Wort pro Zeile an)	Trifft voll zu	Trifft voll zu	Trifft voll zu	Trifft voll zu
1. Auf Grund der Veranstaltungsankündigung wusste ich um was es bei diesem Seminar ging?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
2. Der äußere Rahmen der Veranstaltung wie Räume und Medien waren vorhanden?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
3. Meine Erwartungen sowie Voraussetzungen wurden geklärt und berücksichtigt?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
4. Ich wurde zur aktiven Mitarbeit im Laufe dieses Seminares angeregt?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
5. Die Seminarinhalte wurden von den Teamenden Zeitgemäß und anregend präsentiert?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
6. Die inhaltlichen Beiträge der Teamenden waren passend und anregend?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
7. Durch unterschiedliche Methoden war das Seminar abwechslungsreich gestaltet?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
8. Die Ausgegebenen oder hingewiesenen Materialien waren und sind zukünftig hilfreich?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
9. Die zur Verfügung stehende Zeit für die Präsentation bzw. Bearbeitung der Inhalte waren?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
10. Während des Seminares herrschte auch unter den Teilnehmenden eine gute Arbeitsatmosphäre?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
11. Ich will diese Seminarergebnisse in meiner zukünftigen Arbeit anwenden?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
12. Ich kann das Seminar in dieser Form generell weiterempfehlen?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
13. Ich wünsche mir für mich und andere weitere Fortbildungen zu diesen Themen?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Teilnahmebestätigung

Wir bestätigen:

Am Seminar

„Start in DIE LINKE Parteiarbeit“

im Büro des Kreisverbandes Pillerthal
teilgenommen zu haben.



Teamende

Teamende